

Habecks nächste „Staatwirtschafts-Fantasie“

Welt, 22.02.2023, Daniel Wetzel, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus243892219/Subventionen-Habecks-naechste-Staatwirtschafts-Fantasie.html>

Die Bundesregierung will wieder Produktionskapazitäten für Windturbinen und Solarzellen aufbauen. Der Steuerzahler soll demnach für einen Teil der Kosten der neuen Fabriken aufkommen. Billig dürfte es nicht werden, sollten alle vagen Pläne umgesetzt werden, die Minister Habeck jetzt vorstellte.

Mit einem massiven staatlichen Stützungsprogramm will das Bundeswirtschaftsministerium wieder Produktionskapazitäten für Solar- und Windkraftanlagen in Deutschland aufbauen. Dabei will man insbesondere die Abhängigkeit der Energiewende von der chinesischen Solarindustrie verringern, die aktuell noch mit weitem Abstand den Weltmarkt dominiert.

Was der industriepolitische Plan den deutschen Steuerzahler kosten wird, steht noch nicht fest. Man könne den Finanzbedarf bislang allenfalls grob schätzen, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Eine Schätzung gab er dann aber nicht ab.

Zusätzliches Geld im Bundeshaushalt sei bislang nicht eingeplant. Billig dürfte es nicht werden, sollten tatsächlich alle vagen Pläne umgesetzt werden, die Habeck am Dienstag vorstellte: Das Bundeswirtschaftsministerium denkt neben Investitionshilfen für den Bau neuer Fabriken für Solar- und Windkraftanlagen in Deutschland auch an Zuschüsse für den Betrieb dieser Werke.

Außerdem ist eine finanzielle Absicherung für Windkraft-Projektierer geplant. Hier gibt es Nöte, weil zwischen der in einer Auktion ermittelten EEG-Beihilfe für neue Windpark-Projekte und deren Inbetriebnahme oft Jahre vergehen, in denen es zu hohen Kostensteigerungen für Kupfer, Zement und anderen Vorprodukten kommen kann. Das Risiko dieser zwischenzeitlichen Kostenentwicklung soll den Windpark-Investoren offenbar künftig vom Staat abgenommen werden.

Schließlich, drittens, will der Staat auch die Forschung im Bereich erneuerbarer Energien noch stärker fördern. „Innovationen sind der strategische Schlüssel für die Energiewende“, sagte Habeck nach dem sogenannten „Produktionsgipfel“ in Berlin.

„Wir müssen die Produktionskapazitäten für Erneuerbare Energien und Stromnetze in Deutschland und Europa stärken“, so Habeck weiter: „Das ist wichtig für das Gelingen der Energiewende und um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland und Europa zu sichern.“

Unter anderem soll der Kostenwettbewerb von Wind- und Solarkraft-Investoren abgemildert werden. Bei den Versteigerungen von Projektbeihilfen durch die Bundesnetzagentur könnten so bald höhere Subventionen pro Kilowattstunde Ökostrom eingereicht werden. Bereits im Dezember hatte die Behörde die erlaubte Maximalforderung um 25 Prozent angehoben. Künftig könnten Wind- und Solarstrom dann noch teurer für den Steuerzahler werden.

Für den Aufbau der Produktionskapazitäten in den Bereichen Photovoltaik, Windkraft und Stromnetze will das Ministerium nun ein Konzept für einen „Transformationsfonds“ erarbeiten. Die Beihilfen sollen in Form von sogenanntem Hybridkapital und Garantien zur Verfügung gestellt werden. Dauerhaft beteiligen soll sich der Staat aber nicht an den neuen Wind- und Solaranlagen. „Garantien heißt: Wir glauben unsere eigenen Gesetze“, sagte Habeck.

Der Staat solle dafür geradestehen, dass die gigantischen, geplanten zusätzlichen Mengen an Wind- und Solarstrom auch tatsächlich gebaut werden. „Es wäre naiv, wenn wir nur Investitionsgarantien für Investitionen im Ausland aussprechen“, sagte Habeck. Er wolle mit diesem Instrument auch neue Produktionsstandorte im Inland fördern. Allerdings müsste die EU-Kommission solchen Beihilfen zustimmen.

Superabschreibungen und Investitionsprämien im Gespräch

Im Gespräch sind auch Superabschreibungen und Investitionsprämien, mit denen die Investitionen am Standort Deutschland attraktiver werden sollen. Die beihilferechtliche Genehmigung aus Brüssel für die Zuschüsse gilt als sicher, da die EU-Kommission im Zuge ihres Fit-for-55-Programms Investitionen in Klimaschutz-Technologien unkritisch sieht.

Kritik an Habecks Plänen kam vom Koalitionspartner. Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, Michael Kruse, hatte schon nach Bekanntwerden des Berichts der Deutschen Energie-Agentur (DENA), auf dem Habecks Pläne basieren, gefragt, ob Habeck zum „Planwirtschaftsminister“ werde.

„Immer neue Staatswirtschaftsfantasien aus seinem Ministerium gefährden den Aufbau eines leistungsfähigen Energiesystems der Zukunft. Diese sind nicht vom Koalitionsvertrag gedeckt und auch nicht innerhalb der Ampel abgestimmt“, kritisierte Kruse. „Anstatt die bestehenden Förderregelungen aus dem EEG 2023 wirken zu lassen und den Markt zu beruhigen, schafft das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit immer neuen planwirtschaftlichen Vorschlägen Unsicherheit für Investoren.“

Bürokratie und Fachkräftemangel seien größere Hindernisse für die Energiewende als fehlendes Kapital oder staatliche Abnahmegarantien. „Innovative und wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen nicht durch eine staatliche Planwirtschaft, sondern durch bessere Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland“, sagte Kruse. „Wirtschaftsminister Habeck täte gut daran, sich um Bürokratieabbau, faire Wettbewerbsbedingungen und eine Fachkräftestrategie sowie einen effizienten Ausbau aller Erneuerbarer, inklusive Wasserstoff, Biomasse und Speichern zu kümmern.“

Immerhin soll die Industrie durch noch höhere Stromkosten offenbar nicht stärker belastet werden. Bereits im Bundestagswahlkampf hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) einen Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde in Aussicht gestellt. Nachdem die USA durch den Inflation Reduction Act (IRA) ihrerseits massive Beihilfen für die Ansiedlung von Industrien ausgelobt haben, gilt die Einführung eines wettbewerbsfähigen Strompreises für die europäische Industrie als noch drängender.

Habeck kündigte an, noch bis Ende März das Konzept für einen „Dekarbonisierungsstrompreis“ vorzulegen. Der gewählte Name deutet an, dass nur solche Industrien mit günstigem Strom werden rechnen können, die besondere Leistungen im Klimaschutz vorweisen.

Während die Bundesregierung für den Aufbau von Ökostrom-Kapazitäten offenbar alles tun will, fehlen weiterhin noch Lösungen für den Aufbau von Backup-Kraftwerken, die Strom dann liefern, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Die Bundesnetzagentur hatte dazu in ihrer jüngsten Studie zur Versorgungssicherheit den Neubau von rund 40 Gaskraftwerken der 500-Megawatt-Klasse bis 2030 gefordert.

Hier sind noch keine Investoren in Sicht. Eine „Plattform“, die ein neues Strommarkt-Design erarbeiten soll, das solche Investitionen attraktiv macht, hatte erst am Montag dieser Woche die Arbeit aufgenommen.